

Keine Bitcoins aus Thurgauer Strom

Strommarkt Der starke Zubau an Solaranlagen im Thurgau hat auch eine Schattenseite. Bei schönem Wetter wird mehr Strom produziert als benötigt wird. Der überflüssige Strom muss Gesetzen der Physik folgend aber verbraucht oder gespeichert werden. Er wird deshalb in das öffentliche Stromnetz eingespeist, was dieses überlasten kann. Und bei einem Überangebot kann der Strompreis an der Börse in den negativen Bereich rutschen.

Um nicht benötigten Solarstrom wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen, schlägt der Mattwiler SVP-Kantonsrat Oliver Martin mit drei Mitmotionären und 18 Mitunterzeichnenden das Bitcoin Mining vor. Dadurch liesse sich nicht benötigter Strom in Form von Rechenleistung für Bitcoins speichern. Die Sache habe aber zwei Haken, wie der Regierungsrat argumentiert. Zum einen wirke ein virtuelles Energiespeichersystem auf der Basis von Bitcoin Mining nur, wenn produzierter Strom nicht in das Netz eingespeist werde. Das Mining müsste also in den gleichen Netzsegmenten stattfinden, wo Überschüsse produziert werden. Zum anderen seien die Solaranlagen im Besitz tausender unabhängiger Eigentümer. Angesichts dieser Sachlage wurde der Antrag zurückgezogen. (hs)

Besteuerung: Motion ist obsolet

Abgeschrieben Geht es nach dem Willen des Bundes, wird in der Schweiz die Individualbesteuerung eingeführt. Das würde bedeuten, dass künftig alle Steuerpflichtigen eine eigene Steuererklärung einzureichen hätten. Dagegen regt sich auch im Thurgau Widerstand. Zehn Grossratsmitglieder und 66 mitunterzeichnende Parlamentsmitglieder wollten den Thurgauer Regierungsrat per Motion beauftragen, sich gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung einzusetzen.

Das ist nicht mehr nötig, weil auf nationaler Ebene das Kantonsreferendum zustande gekommen ist. Damit steht fest, dass es zu einer eidgenössischen Volksabstimmung kommen wird. Deshalb hat Kantonsrätin Sandra Stadler (Mitte, Zuben) als Erstunterzeichnerin im Namen der Motionärinnen und Motionäre am Mittwoch im Parlament verkündet, die überflüssig gewordene Motion abschreiben zu wollen. Dem ist der Grosse Rat diskussionslos und ohne Gegenstimme gefolgt. (hs)

Wegwerf-Vapes vor dem Aus

Regierung und Parlament sprechen sich für ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten im Thurgau aus – und verstossen möglicherweise gegen Bundesrecht.

Stefan Marolf

Sie sehen ungefährlich aus, wie gelbe, grüne oder rote Leuchstifte, und sie schmecken auch harmlos: E-Zigaretten oder Vapes sind mit Wassermelonen-, Blaubeeren- oder Pfirsicharoma erhältlich – dass sie oft Nikotin enthalten und abhängig machen, merkt man beim Konsum nicht.

Mit ihrem Design und den verschiedenen Geschmacksrichtungen sind Vapes nicht nur bei jungen Erwachsenen, sondern auch bei Minderjährigen beliebt: Fast ein Viertel der 11- bis 15-jährigen Thurgauerinnen und Thurgauer gab bei einer Befragung an, schon einmal E-Zigaretten oder Vapes konsumiert zu haben.

Dieser Umstand macht EVP-Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach (Thundorf) Sorgen. Vor einem Jahr hat sie im Grossen Rat eine Motion eingereicht, forderte ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten im Thurgau. Im vergangenen September antwortete die Regierung auf den Vorstoss, am Mittwoch hat der Grosse Rat darüber diskutiert.

Einweg-E-Zigaretten als «ökologische Katastrophe»

Nicht nur das Suchtpotenzial und die Gesundheitsschäden sprächen für ein Verbot, sagt Elisabeth Rickenbach im Weinfelder Rathaus, sondern auch der Ressourcenverschleiss. «Einweg-E-Zigaretten landen im besten Fall im Abfall, aber eigentlich gehören sie auch dort nicht hin.» Mit den Wegwerf-Vapes – jeder ausgestattet mit einer kleinen Batterie – würden auch wertvolle Rohstoffe wie Lithium und Aluminium entsorgt: «Aus Sicht des Umweltschutzes ist das äusserst problematisch.»

Die Komponenten seien kaum rezyklierbar, sagt GLP-Kantonsrätin Nicole Zeitner (Stettfurt): «E-Zigaretten sind ökologisch absurd und widersprechen jedem Prinzip einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft.» Sabina Peter Köstli (Mitte, Hüttwilen) spricht



Jede Einweg-E-Zigarette ist mit einem kleinen Akku ausgestattet.

Bild: Marijan Murat / Keystone

gar von einer «ökologischen Katastrophe», auch EDU-Kantonsrat und Mitvorstösser Lukas Madörin (Weinfelden) wirbt für ein Verkaufsverbot.

SP-Fraktionschefin Barbara Dätwyler (Frauenfeld) argumentiert mit den gesundheitlichen Folgen des Rauchens. Der Thurgau sei der einzige Kanton der Schweiz mit stagnierendem statt sinkendem Tabakkonsum, sagt sie. «Jeder siebte Todesfall ist Krankheiten zuzuschreiben, die in Verbindung mit dem Rauchen auftreten.»

SVP und FDP gegen das Verkaufsverbot

Die Hersteller entwickelten ihre Vapes so, dass Substanzen wie Nikotin möglichst schnell ins Gehirn gelangten, sagt Brigitta Engeli (Grüne, Kreuzlingen). So würden Konsumentinnen und Konsumenten schneller abhängig, was wiederum die Umsätze in der Branche steigere. «Es findet keine Verlagerung vom Zigarettenrauchen statt, sondern es werden neue und immer mehr Süchtige generiert.» Engeli

spricht auch das Krebsrisiko an und sagt: «Welche Motive könnte man gegen ein Verkaufsverbot haben? Mir fallen keine ein.»

Priska Peter schon. Ein kantonales Verbot würde in Zeiten des Onlinehandels nichts bringen, sagt die Münchwiler SVP-Kantonsrätin: «Die Behörden hätten einen riesigen Vollzugsaufwand, die Steuerzahler die Kosten, und die Jugendlichen kämen trotzdem an ihre E-Zigaretten.» Man könne nicht jedes Risiko im Leben verbieten, sagt Peter – «sonst landen wir irgendwann bei einem generellen Verbot von allem, was ungesund ist».

Gegen das Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten ist neben der SVP- auch die FDP-Fraktion. «Ein kantonales Verbot ist weder nachhaltig noch liberal», sagt Fraktionssprecherin Michèle Strähl (Weinfelden), «und wir wissen alle, dass es rechtlich auf wackligen Beinen steht.» Wegen eines Verkaufsverbots im Wallis hat ein grosser Tabakkonzern Beschwerde beim Bundesgericht einge-

reicht, das Urteil steht noch aus. Offen ist ausserdem die Frage, wann auf nationaler Ebene ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten kommt. National- und Ständerat haben eine entsprechende Motion zwar überwiesen, umgesetzt ist sie aber noch nicht.

Die Regierung will trotz Unsicherheiten handeln

Trotz dieser Unsicherheiten ist der Thurgauer Regierungsrat für ein kantonales Verbot. In der Beantwortung von Elisabeth Rickenbachs Motion stuft er das Risiko, dass ein kantonales Verbot von Einweg-E-Zigaretten bundesrechtswidrig ist, als «vertretbar» ein. Am Mittwoch sagt Gesundheitsdirektor Urs Martin in der Parlamentssitzung: «Wir müssen jetzt ein Zeichen setzen.»

Der Grosse Rat folgt seiner Empfehlung deutlich mit 81 Ja zu 40 Nein bei einer Enthaltung. Er erteilt der Regierung damit den Auftrag, eine Botschaft für das E-Zigaretten-Verbot auszuarbeiten.

Kein Preisschild für Vorstösse

Grosser Rat Die Zahl der parlamentarischen Vorstösse hat im Thurgauer Grossen Rat stark zugenommen. In den Jahren 2018 bis 2023 lag der jährliche Durchschnitt bei 80 Vorstössen, 2007 bis 2017 waren es 68. Der bisherige Rekord wurde 2023 mit 113 Vorstössen erreicht. Das rechnen die Kantonsräte Daniel Eugster (FDP, Freidorf) und Gabriel Macedo (FDP, Amriswil) in einer Motion vor.

Darin schreiben sie: «Die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse erfordert erheblichen Einsatz an Ressourcen.» Durch die Erfassung und Offenlegung der Kosten würde die Transparenz erhöht und eine Kosten-Nutzen-Abwägung ermöglicht. Eine ähnliche Regelung setze unter anderem der Kanton Aargau seit Jahren um.

In ihrer Motion fordern sie, dass künftig bei jeder Beantwortung zum Schluss die Kosten dokumentiert werden: «Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. xxx.-»

73 Mitglieder des 130-köpfigen Kantonsparlaments hatten das Begehren der zwei Motionäre beim Einreichen mitunterzeichnet.

Von 75 Befürwortern bleiben am Ende 15 übrig

Sowohl der Regierungsrat als auch das Büro des Grossen Rats sprechen sich gegen die Motion aus. Die Hauptbegründung: Die Motion würde nicht unerhebliche administrative Zusatzkosten verursachen und wäre trotzdem nicht geeignet, das Ziel zu erreichen.

Erstunterzeichner Daniel Eugster (FDP, Freidorf) äussert sich enttäuscht über die ablehnende Haltung: «Messen, analysieren und optimieren – das ist Führen, jeder Unternehmer weiss das.» Die Stundenerfassung sei nicht Schikane, sondern ein zentrales Führungsinstrument. «Wer nicht misst, kann nicht besser werden.»

Einzig die FDP-Fraktion reiht sich geschlossen hinter die Motion. Die GLP, die Grünen und die SP stellen sich einstimmig dagegen. Mehrheitlich dagegen sind die Fraktionen von Mitte/EVP, Grüne, EDU/Aufrecht und SVP. Regierungspräsident Dominik Diezi sagt zur Motion: «Gut gemeint bedeutet nicht immer gut gemacht.»

Von den anfänglich 75 Unterzeichnenden der Motion bleiben am Ende 15 übrig, die in der Beschlussfassung mit Ja stimmen. 99 drücken die Neintaste. (hs)

Keinen Ausgleich für Musikschulen

Rabatte Der Kanton gleicht Mindereinnahmen von Musikschulen durch Rabatte für Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht aus. Die Musikschulen würden bereits heute mit 9,5 Millionen Franken pro Jahr unterstützt, antwortet Kulturdirektorin Denise Neuweiler auf einen Vorstoss von Marion Sontheim (SP, Bottighofen). Für die Tarife seien aber die Musikschulen allein zuständig. (ste)

ANZEIGE

Kunsthandwerk & Genuss

GREUTERHOFMARKT 2025

Freitag, 7. November, 14.00 bis 20.00 Uhr
Samstag, 8. November, 11.00 bis 19.00 Uhr
Sonntag, 9. November, 11.00 bis 17.00 Uhr

Tauchen Sie ein in die Welt des vielseitigen Kunsthandwerks, geniessen Sie exklusive kulinarische Köstlichkeiten und lassen Sie sich von der abwechslungsreichen Gastronomie verwöhnen. Besuchen Sie 23 Marktstände und Markthäuschen im Aussenbereich sowie 61 beeindruckende Ausstellungen in den historischen Räumen des Greuterhofs.

Wir freuen uns auf Sie! www.greuterhof.ch